



Anfrage

Vorlage: AF/0049/2025		Datum: 12.06.2025	
Verfasser:	007-Ratsfraktion FDP	Az.:	
Betreff: Anfrage der FDP-Ratsfraktion zur Praxis der Koblenzer Baumschutzsatzung			
Gremienweg:			
26.06.2025	Stadtrat	☐ einstimmig ☐ abgelehnt ☐ verwiesen ☐ Enthaltungen	☐ mehrheitl. Kenntnis ☐ vertagt ☐ Gegenstimmen
	TOP öffentlich		☐ ohne BE abgesetzt ☐ geändert

Anfrage:

Die Koblenzer Baumschutzsatzung ist am 17.10.2021 in Kraft getreten.

Der FDP-Fraktion sind Beschwerden von Bürgern und Bauunternehmen über die verzögerte Bearbeitung von Anträgen bekannt.

Vor diesem Hintergrund fragt die FDP-Fraktion an:

1.
Wie hoch ist die Anzahl der Anträge nach der Baumschutzsatzung seit Inkrafttreten der Baumschutzsatzung am 17.10.2021?
2.
Wie lange gestaltet sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Antrages?
3.
Auf welche Zeitdauer belief sich die längste Bearbeitung eines Antrages?
4.
Liegen der Stadt Koblenz Beanstandungen und/oder Beschwerden von Bürgern über die verzögerte Bearbeitung oder die negative Bescheidung von Anträgen nach der Baumschutzsatzung vor? Wenn ja, wie hoch ist die Anzahl der Beschwerden seit Inkrafttreten der Satzung. Was wurde an Gründen angeführt?
5.
Liegen der Stadt Koblenz Beanstandungen und/oder Beschwerden von Unternehmen (Leitungsverlegende Unternehmer, Bauunternehmen, Bauträger oder sonstige am Bau beteiligten Unternehmen) vor, die sich auf eine verzögerte oder die negative Bescheidung von Anträgen beziehen? Wenn ja, wie hoch ist die Anzahl der Beschwerden seit Inkrafttreten der Satzung? Was wurde an Gründen angeführt?

Ergänzend wird zur verwaltungspraktischen Umsetzung der Satzung um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

6.

Wie hoch ist der geschätzte personelle Aufwand (Stellenanteile in VZÄ) für die Bearbeitung von Anträgen, Rückfragen, Beratung, Bescheiden und Beschwerden nach der Baumschutzsatzung im Jahresdurchschnitt?

7.

Welche Regelungen der Satzung sind in der Praxis am häufigsten Gegenstand von Anträgen?

8.

Wie viele Anträge wurden seit Inkrafttreten der Satzung abgelehnt? Mit welchen Begründungen? Wie häufig wurden Auflagen (Ersatzpflanzungen, Fristen, bestimmte Artenvorgaben) erteilt? Wie viele dieser Auflagen konnten von Antragstellern aus welchen Gründen nicht erfüllt werden?

10.

Zu welchen Satzungsbestimmungen entsteht Beratungsbedarf für Privatpersonen oder Unternehmen? Welche Ressourcen werden hierfür vorgehalten? In welcher Form und in welchem Umfang wird Beratung durch die Verwaltung geleistet.

11.

Welche Rückmeldungen liegen der Verwaltung seitens Baumdienstleistern, Gartenbetrieben, etc. zur Praktikabilität der Satzung vor?

12.

Gibt es seitens der Verwaltung eine Einschätzung, inwiefern die Satzung einen messbaren Beitrag zum Schutz des städtischen Baumbestands leistet? Welche Kennzahlen oder Bewertungen liegen ggf. vor? Hat sich der Baumbestand auf nicht stadteigenem Grund insgesamt vergrößert?

Christoph Schöll/David Hennchen
FDP-Fraktion

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Finanzielle Auswirkungen: